

Bilanz des Erreichten und konstruktive Orientierung sind Ziele der Konferenz

UZ-Interview mit NPT Prof. Dr. sc. Dr. h. c. Manfred Kossok, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates für Geschichtswissenschaft beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR

Ans Anlaß der heute beginnenden wissenschaftlich-methodischen Konferenz „Ergebnisse, Erfahrungen und Aufgaben in der geschichtswissenschaftlichen Ausbildung der Studenten in den 80er Jahren an den Universitäten und Hochschulen der DDR“ führt UZ das folgende Interview.

UZ: Welche Bedeutung haben die vorliegenden Beratungen hinsichtlich der weiteren Auswertung und Umsetzung der Orientierung der Geschichtswissenschaftlichen Konferenzen des ZK der SED vom 15. und 16. Dezember 1983?

Prof. Kossok: Die Wissenschaftlich-methodische Konferenz hat eine außerordentlich große Bedeutung. Sie ist die erste Konferenz auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaften nach der Konferenz des ZK der SED im Dezember vergangenen Jahres.

Wir wollen Rechenschaft darüber ablegen, wie wir in der Lage sind, die vom Genossen Kurt Hager und in dem Diskussionsreden auf der Geschichtswissenschaftlichen Konferenz erhobenen Forderungen zur Orientierung und kämpferischen Orientierung der geschichtswissenschaftlichen Ausbildung praktisch umzusetzen.

In diesem Sinne gilt es, eine kritische Leistungsbilanz zu ziehen und seine Fortschritte, die im Niveau der Ausbildung und in der Vertiefung ihres politisch-ideologischen und weltanschaulichen Gehaltes erreicht wurden, aufzuzeigen. Dabei kann insbesondere auf eine höhere Leistungsmotivation der Studenten verwiesen werden. Diese zeigt sich speziell in verstärktem wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Engagement. Wir werden dies als einen Ausdruck der Verwirklichung des sozialistischen Bewusstseins und der Bewusstseinsbildung der 5. Hochschulkonferenz. Aber auch für uns gilt der vom Genossen Felix Honiger geprägte Satz: „Das Erreichte ist noch nicht das Erreichbare.“

Wenn sich von einer kritischen Leistungsbilanz sprach, so meine ich das hinsichtlich zweier Aspekte. Zum einen ist die Frage an den Teilnehmer zu stellen, wie er seinen wissenschaftlichen, pädagogischen und gesellschaftlichen Aufgaben unter den Bedingungen der gegenwärtig sehr angespannten internationalen Klassenkampfsituation und der

wachsenden Erfordernisse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerecht wird. Zum anderen sind die jetzt zu lösenden Aufgaben konkret festzulegen sowie Mittel und Wege zu ihrer Lösung zu bestimmen. So gesehen bilden kritische Bilanz und konstruktive Orientierung eine untrennbare Einheit.

Die Bedeutung der Konferenz wird dadurch unterstrichen, daß das einleitende Referat von Prof. Dr. Johannes Hörnig, Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung Wissenschaft, gehalten wird.

Prof. Hörnig wird vor allem zur strategischen Bedeutung der Geschichtswissenschaft bei der weiteren Ausprägung sozialistischen Bewusstseins und im ideologischen Klassenkampf sprechen.

Ich selbst werde in meinem Referat auf die Erziehung und Ausbildung der Historikerstudierenden eingehen und eine Orientierung auf die weiter zu lösenden Aufgaben geben.

UZ: Wie wurde die Konferenz vorbereitet und welchen Anteil hatte daran die Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität?

Prof. Kossok: Die Konferenz wurde langfristig vorbereitet. Alle Sektionen Geschichte erarbeiteten umfassende Analyseunterlagen, die konkret, konstruktiv und auch kritisch sind. Entscheidenden Anteil daran hatten nicht nur Wissenschaftler und Studenten der Universitäten und Hochschulen, sondern auch der Pädagogischen Hochschulen.

Unbedingt hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftlichen Beirat beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und der Zentralen Fachkommission für Geschichte beim Ministerium für Volksbildung. Die Vorbereitung der Konferenz war also im besten Sinne eine Gemeinschaftsarbeit.

An die Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität sind die Erwartungen denkbar hoch, da sie die potenteste Geschichtssektion im Rahmen der Universitäten der DDR ist und über ein umfangreiches Lehr- und Forschungspotential mit nationalem und internationalem Gewicht verfügt. Unter Federführung der Sektion wurde ein Studienplan für die Ausbildung von Diplom-

historikern erarbeitet, um nur ein Beispiel zu nennen.

Alle Wissenschaftsbereiche haben sich auf die Konferenz gut vorbereitet. Die Leitung der Sektion hat diesen Prozeß inhaltlich und organisatorisch straff geführt. Das Auftreten zahlreicher Wissenschaftler und auch Studenten auf der Konferenz dürfte dafür bereichernd Ausdruck sein.

An der Ausarbeitung der Thesen waren Wissenschaftler der Sektion Geschichte der KMu maßgeblich beteiligt, sowohl als Leiter der vorbereitenden Arbeitskreise wie auch als Mitarbeiter.

UZ: Welche Hauptanliegen und Zielstellungen werden mit den heute beginnenden Beratungen verfolgt?

Prof. Kossok: Hauptanliegen ist die schon erwähnte kritische Gesamtbilanz der Arbeit in Erziehung, Ausbildung und Lehre. Es soll untersucht werden, wie die Einheit von Politik und Wissenschaft in der Ausbildung der Studenten ihren Niederschlag findet, und wie diese Einheit weiter optimal gestaltet werden kann.

Es geht ebenfalls um eine Einschätzung des wissenschaftlichen Niveaus auf pädagogisch-methodischem Gebiet und der politisch-ideologischen Ergebnisse der Ausbildung.

Wie werden die Studenten befähigt, ihre Haltung im und zum Sozialismus umfassend zu bestimmen und auszuführen? Wie sind sie in der Lage, mit dem spezifischen Wissen des Historikers die Politik der Partei zu verknüpfen und zu propagieren? Welche Fähigkeiten besitzen sie, um sich mit sozialismuskonformen Konzeptionen auf den verschiedensten Gebieten auseinanderzusetzen? Was müssen wir tun, um die Vorbildwirkung, das Engagement und die Effektivität der Hochschullehrer, die ja die entscheidende Verantwortung in Erziehung und Ausbildung tragen, weiter zu erhöhen? Das sind Fragestellungen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Hauptaspekt dabei ist, auch weiterhin nicht in unseren Anstrengungen nachzulassen, die geschichtswissenschaftliche Ausbildung auf die Erfordernisse der 80er Jahre und darüber hinaus einzustellen.

Grundanliegen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wissenschaftlich-methodischen Konferenz war und ist, mit den Studenten die gemeinsamen Fragen zu betonen. Nur so ist überhaupt ein Erfolg dieser bedeutungsvollen Konferenz möglich.



UZ: Beraten wird im Plenum und in vier Arbeitskreisen. Welche Zielstellungen verfolgen die Arbeitskreise?

Prof. Kossok: Für die Tätigkeit der Arbeitskreise liegen die Thesen vor. Es geht um die Einschätzung des politisch-ideologischen Bewusstseinsstandes, um die Befähigung zur Selbsteignung historischen Stoffes, zur offenen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und Politik und um die methodische Gestaltung der Ausbildung im umfassenden Sinne. Festgehalten werden sollen die Ergebnisse bei der Heranbildung eines wissenschaftlich und gesellschaftlich hochqualifizierten Nachwuchses. Für alle diese Bereiche liegen nicht nur die Thesen vor, sondern auch zahlreiche Diskussionsmeldungen, so daß mit einer umfassenden Erörterung aller Probleme zu rechnen ist.

UZ: Sie sprachen die Einbeziehung der Studenten an. Können Sie dazu noch einige weitere Gedanken äußern?

Prof. Kossok: Es ist keine Konferenz über, sondern mit den Studenten. Sie soll die organische Einheit, die untrennbare Verbundenheit von Lehrenden und Lernenden bei der Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben zum Ausdruck bringen.

Bereits in der Vorbereitungsphase, sowohl bei der Erarbeitung der analytischen Materialien wie auch der Thesen, haben wir großen Wert auf die Meinungsäußerung der Studenten gelegt. Sehr stark engagiert hat sich hier die FDJ-Grundorganisation der Sektion Geschichte. Auch in den Diskussionen auf der Konferenz werden Studenten das Wort ergreifen.

In einem einleitendem Referat wird ein Vertreter des FDJ-Zentralrates studentische Belange in den Blickpunkt der Konferenz rücken.

Grundanliegen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wissenschaftlich-methodischen Konferenz war und ist, mit den Studenten die gemeinsamen Fragen zu betonen. Nur so ist überhaupt ein Erfolg dieser bedeutungsvollen Konferenz möglich.

Das Gespräch führte JÜRGEN SIEWERT.

Fragen, die uns bewegen - Argumente, die wir brauchen

Allgemeine und vollständige Abrüstungsmaßnahmen sind wirksamste Garantie für einen dauerhaften Frieden

Der auf Initiative der sozialistischen Staaten kontinuierlich geführte Kampf um die Beendigung des Wettrüstens und um Abrüstung vollzieht sich im erbitterten Klassenkampf mit den aggressiven imperialistischen Kreisen, die nichts unversucht lassen, um die Spannungen in der Welt aufrechtzuerhalten und zu schüren. Daher sind im Kampf um die Sicherung des Friedens und um die internationale Entspannung die Anstrengungen aller friedliebenden Kräfte zur Zügelung des Wettrüstens, für die Rüstungsbegrenzung und für den entschlossenen Übergang zu verbindlichen Abrüstungsmaßnahmen das entscheidende Kettenglied zur Minderung der Kriegsgefahr.

Eine allgemeine und vollständige Abrüstung stellt die wirksamste Garantie für einen dauerhaften Frieden und damit für eine umfassende Durchsetzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots dar. Ein universeller völkerrechtlicher Vertrag über eine allgemeine und vollständige Abrüstung ist jedoch eine langfristige historische Aufgabe, die mittels völkerrechtlicher Vereinbarungen von Teilmaßnahmen auf den einzelnen Abrüstungsgebieten systematisch zu

von verbotenen Waffen und Kampfartefakten; Drittens: die Art und Weise der Festlegung der Kontroll- und Inspektionsysteme und deren Mechanismen.

Aber gerade, weil die technischen Probleme oft so kompliziert sind, können sie nur gelöst werden, wenn ihrer Erörterung der politische Wille der beteiligten Staaten zum Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung vorliegt. Ausschließlich technische Lösungen sind letztlich nicht erreichbar.

Die USA und andere kapitalistische Staaten versuchen ihre mangelnde oder gar fehlende Bereitschaft zum Abschluß von Vereinbarungen hinter angeblich unlösbare technischen Problemen zu verbergen. Das zeigt sich nicht nur bei den Diskussionen zum Verbot chemischer Waffen, sondern auch bei der Ausarbeitung eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen und von Systemen solcher Waffen oder in jüngerer Zeit auch bei den ersten Diskussionen zu einem Verbot der Militarisierung des Weltraumes.

Im Bericht des Genfer Abrüstungsausschusses an die 38. UN-Vollversammlung ist ein ausführ-

Wissenschaftler des IIS zum „Verbot chemischer Waffen“

verwirklichen ist. Als Teilmaßnahme hier einzuordnen, ist eine noch ausstehende Konvention zum Verbot chemischer Waffen. Diese Aufgabenstellung fand auch unmittelbarer Eingang in das Aktionsprogramm des Schlussdokuments der 1. UN-Abrüstungs-sondertagung vom 1. 7. 1978.

Aus völkerrechtlicher Sicht ist es wichtig, zu betonen, daß jede erzielte Teilmaßnahme auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung konkrete Rechtspflichten für die Teilnehmerstaaten bezüglich des jeweiligen Vertragsgegenstandes begründet. Daraus ergibt sich, daß nur über einzelne Teilmaßnahmen sich ein System von völkerrechtlichen Pflichten für die Staaten entwickeln kann, das seine Konsequenz letztlich in der völkerrechtlichen Pflicht zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung findet. Aber bis dahin ist noch ein weiter und komplizierter Weg zurückzulegen.

In diesem Prozeß ist der Genfer Abrüstungsausschuß ein wichtiges internationales Gremium zur Ausarbeitung von Vertrags- und Konventionsentwürfen. Er ist selbst kein UNO-Organ, aber eng mit der UNO verbunden. Ihm gehören 40 Staaten an (die fünf Kernwaffenmächte, neun sozialistische Staaten, acht entwickelte kapitalistische Länder und 18 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas).

Seit über zehn Jahren befaßt sich der Genfer Abrüstungsausschuß mit Problemen der Ausarbeitung einer Konvention zum Verbot chemischer Waffen. Dabei tauchen vor allem immer wieder drei technische Probleme auf, die unmittelbar die rechtliche Ausgestaltung eines Konventionsentwurfes beeinflussen:

Erstens: die genaue Definition jener Waffen und Waffensysteme, die eine Konvention erfassen soll;

Zweitens: die Art und Weise der Festlegung der Methode der Reduzierung und Vernichtung

liches „Papier“ enthalten, welches Grundsatzbestimmungen enthält, die eine Konvention zum Verbot chemischer Waffen einschließen sollte. Dieses vorgedruckte „Papier“ - bestehend aus sechs Hauptbestandteilen - ist zunächst eine für alle Seiten annehmbare Arbeitsgrundlage und Grundstock der Ausarbeitung einer entsprechenden Konvention. Zahlreiche Formulierungen des sowjetischen Vorschlages von 1982 (2. Abrüstungs-sondertagung) fanden ihren Niederschlag. Es wird auf drei bereits vorliegende internationale Dokumente verwiesen: das Genfer Protokoll von 1925, die B-Waffen-Konvention von 1973 und die Umweltkonvention von 1977.

Durch das Genfer Protokoll von 1925 wird die Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg verboten. Chemische Waffen werden hier nicht näher definiert.

Wichtig ist jedoch, daß in diesem Vertrag ein Anwendungs- und Kontrollsystem enthalten ist, welches sich auf alle als chemische Kampfstoffe einsetzbaren Substanzen bezieht. Die überwiegende Mehrheit der Staaten hat das Genfer Protokoll ratifiziert. Als geltendes Völkerrecht ist es eine wichtige Stütze bei der Erarbeitung der Konvention zum Verbot chemischer Waffen.

Entscheidend für jegliche Fortschritte - und so auch auf dem Gebiet der chemischen Abrüstung - ist stets der politische Wille und die Bereitschaft der an den Verhandlungen beteiligten Staaten, durch politische Entscheidungen jene Kompromisse zu finden, die für den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages notwendig sind.

Dr. KARIN MEIER, Institut für Internat. Studien (Aus einem Diskussionsbeitrag auf dem 1. Symposium „Leipziger Wissenschaftler für den Frieden“.)

Buchtip zum Thema Sicherheit in Europa

Zu den politischen Dokumentationen, die der Staatsvertrag der DDR veröffentlicht, gehört auch der Dokumentenband mit dem brennend aktuellen Titel „Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa“.

Mit mehr als 130 der wichtigsten Dokumente aus der Zeit von 1975, dem Abschluß der Helsinki-Konferenz, bis zum Ende des Jahres 1981 legt der vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR herausgegebene Band (512 Seiten,

21,00 Mark) Zeugnis ab vom Ringen um ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Der Band enthält neben einer ausführlichen Einleitung zur internationalen Entwicklung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre so bedeutsame Dokumente wie das Abschließende Dokument des Belgrader Treffens von 1977 vom 8. März 1978, den SALT-II-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA vom 18. Juni 1979 und zahlreiche weitere Dokumente über die verstärkten Aktivitäten der Friedenskräfte.

Überzeugungskraft junger Wissenschaftler und Studenten in Hinblick auf zukünftige Tätigkeit weiter ausbilden

Wissenschaft und Technik sind bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft von überragender Bedeutung. An die Verbreitung ihrer Erkenntnisse im gesamten Volk werden ständig höhere Anforderungen gestellt. Diese Aufgabe, besonders die propagandistische Tätigkeit im sozialistischen Jugendverband und die wissenschaftspropagandistische Arbeit im Rahmen der URANIA, stellt ein wichtiges Betätigungsfeld für den Nachwuchswissenschaftler dar. Die Befähigung für propagandistische, agitatorische und populärwissenschaftliche Wirken sollte ein wesentliches Element der kommunikativen Bildung und Erziehung der Studenten und jungen Wissenschaftler sein. Einen entsprechenden spezifischen Beitrag hierzu können die „Schulen junger Propagandisten“ leisten, die in der DDR ab 1974 entstanden und an der Karl-Marx-Universität seit 1975 kontinuierlich von der Mitgliedergruppe der URANIA durchgeführt werden.

Die gegenwärtige Konzeption und Organisationsform wurde in den letzten Jahren erprobt und präzisiert. Sie währt - gemäß der fest verwirklichten Zielstellung: Interesse für die wissenschaftspropagandistische Arbeit der URANIA wecken, theoretische Grundkenntnisse und veranschaulichte Erfahrungen vermitteln - die Einheit von Theorie und Praxis. Die theoretische Bildung ist auf das konzentriert, was unmittelbar der aufgabenbezogenen Betätigung und Fertigkeitserwerb dient und ist direkt gekoppelt mit dem praktischen Anwenden und Üben.

Der Teilnehmerkreis umfaßt maximal 15 junge Assistenten, Bestandteil der Forschungsstudien nach dem Prinzip der freiwilligen Teilnahme. In Form eines Intensivlehrganges werden vier unterschiedliche

Lehrveranstaltungen in einem Zeitraum von etwa 14 Tagen durchgeführt; die Übungen, die den Hauptteil bilden, finden in Kleingruppen statt; der Stundenanfall für den einzelnen Teilnehmer beträgt 30 Stunden. Der Leiter der „Schule junger Propagandisten“ ist zugleich Referent sowie Übungs- und Diskussionsleiter.

Es hat sich bewährt, die „Schule“ mit einer Blockveranstaltung (etwa sechs Stunden) zu beginnen: Auf die Eröffnung des Kurzlehrganges und die Begründung der propagandistischen Arbeit durch einen Funk-

den, wichtige theoretische Aussagen zur Propagandistatätigkeit ergänzt sowie Nutzen und Schwächen des Lehrganges gemeinsam eingeschätzt und gewertet werden.

Diese Auswertungen gestatten folgende Feststellungen, denen eine gewisse Allgemeingültigkeit zugesprochen werden kann:

- Wesentliche Voraussetzungen für die kontinuierliche Durchführung der „Schule junger Propagandisten“ ist die Unterstützung und Förderung der Teilnehmer durch die staatlichen Leitungen der Sektionen und die FDJ-GOL.

- Wesentliche Bedingungen für den Erfolg der „Schule“ sind die inhaltliche und zeitliche Konzentration, die Beschränkung auf einen kleinen Teilnehmerkreis, der leicht überschaubar ist und das gegenseitige Kennenlernen begünstigt, der Praxisbezug, der hohe Stellenwert des Anwesens und Übens sowie die sorgfältige, sachbezogene und beweisfähige Analyse jedes Beitrages und die eingehende, psychologisch zweckmäßige und pädagogisch wirksame Beschäftigung mit jedem Teilnehmer.

- Die Entwicklung spezifischer rhetorischer Kommunikationsfähigkeit trägt zur Befähigung der Teilnehmer bei, ihre Fachwissenschaft vor Jugendlichen und Werktätigen im Rahmen von URANIA-Vorträgen populärwissenschaftlich darzulegen, unterstützt die sozialistische Persönlichkeitsformung der jungen Wissenschaftler und Studenten und fördert ihre Überzeugungskraft als Agitatoren und Propagandisten in Parteien und Massenorganisationen sowie im Hinblick auf ihre zukünftige Tätigkeit als Leiter im Bildungswesen, in wissenschaftlichen Einrichtungen, in Industrie und Landwirtschaft.

Dr. HEINZ FIUKOWSKI, Leiter der „Schule junger Propagandisten“

„Schulen junger Propagandisten“ unterstützen wirkungsvoll die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse im sozialistischen Jugendverband und im Rahmen der URANIA

tionär der URANIA-Mitgliedergruppe folgt eine „offene“ Lehrveranstaltung, die den Teilnehmern auch die Möglichkeit zu Meinungsäußerungen und Fragen gibt, in der die wichtigsten Prinzipien der Propaganda- und populärwissenschaftlichen Arbeit (wie Parteilichkeit, Sachlogik und Systematik, Faßlichkeit und Anschaulichkeit, Verständlichkeit, Klarheit und Eindeutigkeit) und die Grundzüge der rhetorischen Kommunikation erläutert und anschließend diskutiert werden. Dieser Auftakt fixiert neben einem ausgewählten Literaturstudium folgende Aufgabe: Jeder Teilnehmer hat einen Vortrag von etwa 15 Minuten vorzubereiten mit einer in sich geschlossenen Thematik aus dem Fachgebiet, das der Referent eindeutig beherrscht. Da somit vorausgesetzt werden kann, daß die Teilnehmer mit der Spezifik der kommunikativen Aufgabe vertraut

av-Technik der Hochschulmethodik, Schülerstr., ein herzliches Dankeschön für ihre einsichtsvolle Unterstützung ausgesprochen.) Die Übungsreden werden von allen Teilnehmern nach vorgegebenen Analyse- und Beurteilungskriterien besprochen und ausgewertet. Die Diskussion konzentriert sich auf Kriterien wie Eindeutigkeit, Klarheit, Verständlichkeit und Anschaulichkeit der rhetorischen Äußerung, Umsetzung des Kommunikationsplanes, Kommunikationswirkung, situative Angemessenheit und Hörerbezug. Gliederung und Stoffanordnung, Argumentation, Sprechstil, phonetische Gestaltung, schriftliche Disposition.

Den Abschluß des Lehrganges bildet ein „Rundtischgespräch“, in dem die Leistungen jedes Teilnehmers bündig eingeschätzt, Hinweise zur Weiterarbeit gegeben und die Teilnahmeurkunden übergeben wer-